

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 43 | 25.10.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 146/2024](#)

Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Vorarlberg über die Verbesserung des **Hochwasserschutzes am Rhein** von der Illmündung bis zum Bodensee (Ausführung eines ergänzenden, über die bereits erstellten und vereinbarten hinausgehenden, Rheinregulierungswerks zur Erhöhung der Abflusskapazität)

[BGBl I 147/2024](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung** einer Wort- und Zeichenfolge in § 8a Abs 1 des **Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetzes** durch den Verfassungsgerichtshof (kein genereller Ausschluss der Gewährung von Verfahrenshilfe in allen Verfahren außerhalb des Anwendungsbereichs von Art 6 EMRK und Art 47 GRC)

[BGBl II 281/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die **Forschungsprämienverordnung** geändert wird

[BGBl II 287/2024](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die **Automatisiertes Fahren** Verordnung geändert wird (3. Novelle zur AutomatFahrVO)

[BGBl II 288/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die pauschale Berücksichtigung von Aufwendungen aus der beruflichen Nutzung von Massenbeförderungsmitteln (**Fahrtkostenersatzverordnung**)

[BGBl II 289/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die pauschale Berücksichtigung von Aufwendungen aus der betrieblichen oder beruflichen Nutzung von Fahrzeugen (**Kilometergeldverordnung** – KmGVO)

[BGBl II 290/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die **Sachbezugswerteverordnung** geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

Keine Rechtsakte mit Gesetzgebungscharakter im Berichtszeitraum.

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

02.10.2024, [V 42/2024 ua](#)

ABBAG-Gesetz; FixkostenzuschussVO; kein Verstoß gegen den Vertrauensschutzgrundsatz durch die Punkte 4.1.3 und 8.4 FixkostenzuschussVO, insb nicht im Hinblick auf die zivilrechtlichen Regelungen in § 1104 und § 1105 ABGB; die angefochtenen VO-Bestimmungen sind nicht als **rückwirkende Regelungen** zu qualifizieren

02.10.2024, [G 60/2024](#), [V 38/2024](#)

Unternehmens-EnergiekostenzuschussG; keine Gleichheitswidrigkeit bei der Abgrenzung der **förderbaren Mehraufwendungen** durch § 3 Abs 1 Unternehmens-EnergiekostenzuschussG für die erste Förderperiode; auch im Hinblick auf § 1 Abs 2 letzter Satz leg cit, derzufolge kein Rechtsanspruch auf eine Förderung besteht, bestehen im vorliegenden Fall der Wirtschaftsförderung gemäß § 3 Abs 1 leg cit keine Bedenken

03.10.2024, [V 57/2024](#)

Stmk RaumordnungsG; Aufhebung von Teilen eines Flächenwidmungsplans der Landeshauptstadt Graz, soweit damit die Erforderlichkeit einer Bebauungsplanung für ein bestimmtes Grundstück vorgeschrieben wird; Verletzung der Verpflichtung zur **Erlassung eines Bebauungsplans** binnen 18 Monaten durch den Gemeinderat gemäß dem Flächenwidmungsplan; Beendigung eines Verfahrens zur Erstellung oder Änderung von Bebauungsplänen nur durch Erlassung – nicht durch Verweigerung – eines Bebauungsplans; langjährige Nichterlassung des Bebauungsplans stellt effektives Bauverbot und unverhältnismäßige Eigentumsbeschränkung dar

03.10.2024, [G 3504/2023](#) (Anlassfall [E 119/2023](#))

VwGVG; Verfassungswidrigkeit einer Bestimmung des VwGVG betreffend den **generellen Ausschluss** der Gewährung von **Verfahrenshilfe** in allen Verfahren außerhalb des Anwendungsbereichs von Art 6 EMRK und Art 47 GRC; Verstoß gegen die rechtsstaatlichen Grundsätze eines effektiven verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes; Unzulässigkeit der Einschränkung der Verfahrenshilfe in verwaltungsgerichtlichen Administrativverfahren auf Verfahren im Anwendungsbereich des Art 6 EMRK bzw Art 47 GRC angesichts der möglichen Komplexität der inhaltlichen oder verfahrensbezogenen Rechtsfragen, der Schwierigkeiten des konkreten Sachverhalts oder zur Wahrung der Grundsätze eines fairen Verfahrens im Einzelfall

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

03.09.2024, [Ra 2023/03/0010](#)

LuftfahrtG; im vorliegenden Fall kommt es durch das wiederholte Abstellen und Landen von Hubschraubern neben dem Sanatorium, also abseits der als Flugplatz gewidmeten **Hubschrauberlandeplätze** auf dem Dachgeschoss des Sanatoriums, zu einer Änderung des bescheidmäßig festgelegten Betriebsumfangs des Flugplatzes; dies bedürfte einer (Änderung der bestehenden) Zivilflugplatz-Bewilligung; die Betreiberin des Zivilflugplatzes hat die Vorschriften über den räumlichen **Betriebsumfang** nicht eingehalten, weswegen der Flugplatzbetrieb auch auf Flächen, die nicht Gegenstand der Flugplatzbewilligung waren, untersagt werden durfte

25.09.2024, [Ra 2023/05/0270](#)

Wr BauO; die Zurückweisung des **verfahrenseinleitenden Antrags** durch das VwG im Revisionsfall erfolgte zu Unrecht; vielmehr lag, wovon bereits die belangte Behörde, die eine inhaltliche Entscheidung getroffen hatte, ausgegangen war, ein behandlungsfähiger Antrag vor, den das VwG einer inhaltlichen Beurteilung zu unterziehen gehabt hätte; dass der verfahrenseinleitende Antrag durch die Nichtvorlage konkreter **Werbefolien** nicht gem § 63 Abs 2 Wr BauO vollständig gewesen wäre, trifft schon insofern nicht zu, als, nach dem vom VwG selbst angesprochenen Bauwerberwillen, Gegenstand „des Bauvorhabens“ gerade nicht auch bereits das konkrete Aussehen der jeweils anzubringenden Werbefolien sein sollte

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 24.09.2024, [W128 2299075-1](#)

SchulpflichtG; Novelle des § 11 SchulpflichtG; im Hinblick auf die höchstgerichtliche Rsp wird aus Sachlichkeitsgründen eine bestimmte, einzelfallbezogene **Dauer der Anordnung** des Besuchs einer öffentlichen Schule bzw einer mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Privatschule mit gesetzlich geregelter Schularartbezeichnung zur Absolvierung der Schulpflicht iSd § 5 leg cit festgesetzt

LVwG Nö 18.08.2024, [LVwG-AV-243/001-2024](#)

ForstG; **LiegenschaftsteilungsG**; Ausnahme vom Teilungsverbot nach § 15 Abs 3 ForstG; aus der Systematik des Gesetzestexts ergibt sich, dass sich die Wertgrenze von € 2.000,- in § 13 Abs 4 Z 1 LiegenschaftsteilungsG auf den **gesamten Wertverlust**, der beim abtrennenden Grundstück eintritt, bezieht; es entspricht nicht der Absicht des Gesetzgebers, die Wertgrenze für jedes abbeschriebene Teilgrundstück heranzuziehen und so Abschreibungen im vereinfachten Verfahren durchzuführen

LVwG Nö 24.09.2024, [LVwG-AV-638/004-2020](#)

EisenbahnG; Fälligkeit der nach § 49 Abs 2 iVm § 48 Abs 3 EisenbahnG zu bestimmenden Kosten für den Träger der Straßenbaulast mit Ablauf der im **Sicherungsbescheid** festgelegten Leistungsfrist; Kosten der Erhaltung und Inbetriebhaltung mittels Barwertberechnung hängen grundsätzlich vom Fälligkeitszeitpunkt des Barwerts ab

LVwG Nö 25.09.2024, [LVwG-AV-126/001-2024](#)

Nö BauO; „Abbruch“ von zwei im Zweiten Weltkrieg errichteten Luftschutzzollenanlagen für zivile Luftschutzzwecke durch Verfüllung; **baurechtliche Zuständigkeit** gem Art 15 Abs 1 B-VG in Gesetzgebung und Vollziehung Landessache; keine Sonderbaurechtzuständigkeit aus Kompetenztatbeständen des Bundes

LVwG Oö 28.08.2024, [LVwG-000705](#)

ArzneiwareneinfuhrG; beim Tatbestand des § 21 Abs 1 Z 2 ArzneiwareneinfuhrG handelt es sich um ein echtes **Unterlassungsdelikt**, welches das Unterlassen der **nachträglichen Meldung**, für die das Gesetz eine Frist von zwei Monaten einräumt, nicht aber das Verbringen des Arzneimittels mit Strafe bedroht; zur Erfüllung der gesetzlichen Pflicht stehen insofern zwei Monate zur Verfügung; die Behörde kann sohin den Tag des Verbringens der Arzneimittel in das Bundesgebiet nicht als **Tatzeitpunkt** heranziehen, weil dies jener Tag ist, an welchem die Meldung infolge Ablaufs der Meldefrist nicht mehr möglich war

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[22.10.2024, Rs C-652/22, Kolin İnşaat Turizm Sanayi ve Ticaret](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Vergabe öffentlicher Aufträge** in der Europäischen Union – Richtlinie 2014/25/EU – Art 43 – Wirtschaftsteilnehmer aus Drittländern, die keine internationale Übereinkunft mit der Union geschlossen haben, die in wech-

selseitiger und gleicher Weise den Zugang zu den öffentlichen Aufträgen gewährleistet – **Kein Recht** dieser Wirtschaftsteilnehmer auf eine ‚**nicht ungünstigere Behandlung**‘ – Teilnahme eines solchen Wirtschaftsteilnehmers an einem Verfahren zur Vergabe eines öffentlichen Auftrags – Nichtanwendbarkeit der Richtlinie 2014/25 – Unzulässigkeit eines Vorabentscheidungsersuchens betreffend die Auslegung der Bestimmungen dieser Richtlinie im Rahmen eines Verfahrens über die von diesem Wirtschaftsteilnehmer erhobene Klage

[24.10.2024, Rs C-513/23, Obshtina Pleven](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge – Richtlinie 2014/24/EU – **Öffentliche Bauaufträge** – Art 42 Abs 3 Buchst b – Technische Spezifikationen – Zusatz ‚oder gleichwertig‘ – Bezugnahme auf technische Normen – Verordnung (EU) Nr 305/2011 – Richtlinie 2014/35/EU

[24.10.2024, Rs C-476/23, Star Post](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Postdienste** in der Europäischen Union – Richtlinie 97/67/EG – Art 22 Abs 3 – Begriff ‚**Postdiensteanbieter**, der von einer Entscheidung einer nationalen Regulierungsbehörde betroffen ist‘ – Recht zur Einlegung eines Rechtsbehelfs

[24.10.2024, Rs C-441/23, Omnitel Comunicaciones ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2008/104/EG – **Leiharbeit** – Art 3 Abs 1 – Leiharbeitsunternehmen – Entleihendes Unternehmen – Begriffe – Überlassung einer Arbeitnehmerin – Dienstleistungsvertrag – Art 5 Abs 1 – Grundsatz der Gleichbehandlung – Richtlinie 2006/54/EG – Art 15 – **Mutterschaftsurlaub** – Nichtigkeits- oder ungerechtfertigte Kündigung – Gesamtschuldnerische Verurteilung von Leiharbeitsunternehmen und entleihendem Unternehmen

[24.10.2024, Rs C-347/23, Zabitoń](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Art 2 Buchst b – Begriff „Verbraucher“ – An eine **Fremdwährung gekoppelter Hypothekendarlehensvertrag** – Natürliche Person, die eine zur entgeltlichen Vermietung bestimmte Wohnimmobilie erworben hat

[24.10.2024, Rs C-339/23, Horyzont](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Verbraucherkreditverträge – Richtlinie 2008/48/EG – **Gefahr der Überschuldung** – Art 8 – Verpflichtung des Kreditgebers zur Prüfung der Kreditwürdigkeit des Verbrauchers – Art 10 – Zwingende Angaben in Kreditverträgen – Art 23 – Sanktion bei Verstoß gegen diese Verpflichtung – Gleichwertige Sanktionen – Wirksamer, verhältnismäßiger und abschreckender Charakter der verhängten Sanktion

[24.10.2024, Rs C-227/23, Kolin İnşaat Turizm Sanayi ve TicaretKwantum Nederland und Kwantum België](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges und gewerbliches Eigentum – **Urheberrecht** – Richtlinie 2001/29/EG – Art 2 bis 4 – Ausschließliche Rechte – Urheberrechtlicher Schutz von Gegenständen der angewandten Kunst, deren Ursprungsland kein Mitgliedstaat ist – Berner Übereinkunft – Art 2 Abs 7 – **Kriterium der materiellen Gegenseitigkeit** – Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten – Anwendung des Kriteriums der materiellen Gegenseitigkeit durch die Mitgliedstaaten – Art 351 Abs 1 AEUV

B. SCHLUSSANTRÄGE

[24.10.2024, Rs C-575/23, ONB ua \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Geistiges Eigentum** – **Urheberrecht** und **verwandte Schutzrechte** – Verwandte Schutzrechte von statutarischen Orchestermusikern – Richtlinie 2001/29/EG – Art 2 und Art 3 Abs 2 – Vervielfältigungsrecht und Recht der öffentlichen Zugänglichmachung – Richtlinie 2006/115/EG – Art 7 bis 9 – **Aufzeichnungsrecht, Senderecht, Recht der öffentlichen Wiedergabe** und **Verbreitungsrecht** – Richtlinie (EU) 2019/790 – Art 26 – Zeitlicher Geltungsbereich – Art 18 bis 23 – Anwendungsbereich – Grundsatz der angemessenen und verhältnismäßigen Vergütung – Grundsatz der Vertragsfreiheit – Abtretung von verwandten Schutzrechten durch einen Rechtsetzungsakt

[24.10.2024, Rs C-517/23, Apothekerkammer Nordrhein \(GA Szpunar\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Humanarzneimittel** – Richtlinie 2001/83/EG – Anwendungsbereich – Verschreibungspflichtige Arzneimittel – Werbung für das gesamte Arzneimittelsortiment einer Apotheke – Gutscheine oder prozentuale Preisnachlässe für den nachfolgenden Erwerb weiterer Produkte – **Direkte Rabatte** und **Zahlungen**

[24.10.2024, Rs C-431/23, Wibra België \(GA Rantos\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Richtlinie 2001/23/EG – Übergang von Unternehmen – Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer – Art 3 bis 5 – Ausnahme – Voraussetzungen – **Insolvenzverfahren** – Übergang eines Unternehmensteils, der im Rahmen eines gerichtlichen Reorganisationsverfahrens vorbereitet und unmittelbar nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens durchgeführt wird

[24.10.2024, Rs C-2/23, FL und KM Baugesellschaft und S \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Wettbewerb** – Zugang zu Akten einer Wettbewerbsbehörde – Beschränkungen bei der Verwendung von in diesen Akten enthaltenen Beweismitteln und Informationen im Rahmen eines Strafverfahrens – **Kronzeugenerklärungen** und **Vergleichsausführungen** – Amtshilfe zwischen innerstaatlichen Behörden

C. GERICHT

[23.10.2024, Rs T-25/23, Orqatex/ EUIPO - Longton \(Marquages au sol\)](#)

Gemeinschaftsgeschmacksmuster – **Nichtigkeitsverfahren** – Eingetragenes **Gemeinschaftsgeschmacksmuster** für **Bodenmarkierungen** – Art 3 Buchst a und Art 25 Abs 1 Buchst a der Verordnung (EG) Nr 6/2002 – Eintragung des Geschmacksmusters – Schlüssigkeit der Ansichten

[23.10.2024, Rs T-480/23, Plahotniuc/ Rat](#)

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – **Restriktive Maßnahmen** angesichts von Handlungen, die Moldau destabilisieren – **Einfrieren von Geldern** – Beschränkung der Einreise in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten – Listen der Personen, Organisationen und Einrichtungen, deren Gelder eingefroren werden und deren Einreise in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten Beschränkungen unterliegt – Aufnahme des Namens des Klägers in die Listen – Von den Behörden eines Drittstaats eingeleitete strafrechtliche Ermittlungen und Strafverfahren – Pflicht zur Überprüfung, ob dieser Beschluss die Verteidigungsrechte und das Recht auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz wahrt – **Begründungspflicht**

[23.10.2024, Rs T-396/22, Landesbank Baden-Württemberg/ SRB \(Contributions ex ante 2022\)](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – **Bankenunion** – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2022 im Voraus erhobenen Beiträge – Art 70 Abs 2 der Verordnung (EU) Nr 806/2014 – **Rechtsfehler** – Zeitliche Beschränkung der Wirkungen des Urteils

[23.10.2024, Rs T-397/22, Bayerische Landesbank/ SRB \(Contributions ex ante 2022\)](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – **Bankenunion** – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2022 im Voraus erhobenen Beiträge – Art 70 Abs 2 der Verordnung (EU) Nr 806/2014 – **Rechtsfehler** – Zeitliche Beschränkung der Wirkungen des Urteils

[23.10.2024, Rs T-398/22, Deutsche Bank/ SRB \(Contributions ex ante 2022\)](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – **Bankenunion** – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2022 im Voraus erhobenen Beiträge – Art 70 Abs 2 der Verordnung (EU) Nr 806/2014 – **Rechtsfehler** – Zeitliche Beschränkung der Wirkungen des Urteils

[23.10.2024, Rs T-399/22, Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale/ SRB \(Contributions ex ante 2022\)](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – **Bankenunion** – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2022 im Voraus erhobenen Beiträge – Art 70 Abs 2 der Verordnung (EU) Nr 806/2014 – **Rechtsfehler** – Zeitliche Beschränkung der Wirkungen des Urteils

[23.10.2024, Rs T-400/22, Berlin Hyp/ SRB \(Contributions ex ante 2022\)](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – **Bankenunion** – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2022 im Voraus erhobenen Beiträge – Art 70 Abs 2 der Verordnung (EU) Nr 806/2014 – **Rechtsfehler** – Zeitliche Beschränkung der Wirkungen des Urteils

[23.10.2024, Rs T-401/22, DZ Bank/ SRB \(Contributions ex ante 2022\)](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – **Bankenunion** – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2022 im Voraus erhobenen Beiträge – Art 70 Abs 2 der Verordnung (EU) Nr 806/2014 – **Rechtsfehler** – Zeitliche Beschränkung der Wirkungen des Urteils

[23.10.2024, Rs T-402/22, DZ Hyp/ SRB \(Contributions ex ante 2022\)](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – **Bankenunion** – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2022 im Voraus erhobenen Beiträge – Art 70 Abs 2 der Verordnung (EU) Nr 806/2014 – **Rechtsfehler** – Zeitliche Beschränkung der Wirkungen des Urteils

[23.10.2024, Rs T-403/22, DZ Bank/ SRB \(Contributions ex ante 2022\)](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – **Bankenunion** – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2022 im Voraus erhobenen Beiträge – Art 70 Abs 2 der Verordnung (EU) Nr 806/2014 – **Rechtsfehler** – Zeitliche Beschränkung der Wirkungen des Urteils

[23.10.2024, Rs T-404/22, Deutsche Kreditbank/ SRB \(Contributions ex ante 2022\)](#)

Wirtschafts- und Währungsunion – **Bankenunion** – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – Beschluss des SRB über die Berechnung der für 2022 im Voraus erhobenen Beiträge – Art 70 Abs 2 der Verordnung (EU) Nr 806/2014 – **Rechtsfehler** – Zeitliche Beschränkung der Wirkungen des Urteils

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

17.10.2024, Beschwerde Nr [71250/16](#), *Cesarano / Italien*

Keine Verletzung von **Art 7 EMRK** (Keine Strafe ohne Gesetz); **keine Verletzung** von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Ablehnung des Antrags des Bf auf **Strafherabsetzung**; Bf hat keinen Anspruch auf eine dreißigjährige Freiheitsstrafe, da das **Schnellverfahren** lange nach der Änderung des gesetzlichen Rahmens in strengere Bestimmungen beantragt wurde; begangene Straftaten, die mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe mit täglicher Isolierung bestraft werden können, aber der Bf nach einem Verfahren im abgekürzten Verfahren zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe ohne Isolationshaft am Tag verurteilt, stellt eine mildere Strafe dar; kein schutzwürdiges Vertrauen auf der Grundlage des rechtlichen Rahmens zum maßgeblichen Zeitpunkt der Verhängung einer anderen Strafe; Verhängung der Strafe vorhersehbar

17.10.2024, Beschwerde Nr [49363/20](#), *Central Unitaria de Traballadores/as / Spanien*

Keine Verletzung von **Art 11 EMRK** (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit); Verbot der von der bf Gewerkschaft organisierten **Demonstration** in der Anfangsphase der **COVID-19-Pandemie**; Eingriff „gesetzlich vorgeschrieben“ und verfolgte legitime Ziele des Schutzes der Gesundheit und der Rechte und Freiheiten anderer; COVID-19-Pandemie als außergewöhnliche

und unvorhersehbare Umstände qualifiziert; Eingriff im Kontext eines dringenden sozialen Bedürfnisses des Schutzes der individuellen und öffentlichen Gesundheit verhängt; gerechter Ausgleich zwischen den konkurrierenden Interessen, die auf dem Spiel stehen; weiter Ermessensspielraum nicht überschritten; Eingriff „in einer demokratischen Gesellschaft notwendig“

22.10.2024, Beschwerde Nr [4/18](#), *Yüksek / Türkei*

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Freiheit der Meinungsäußerung); **Verletzung** von **Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit); **Untersuchungshaft** des Co-Vorsitzenden einer **pro-kurdischen** politischen Partei, der wegen seiner politischen Reden der Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation beschuldigt wird; Fehlen konkreter Beweise für eine Verbindung des Bf zu einer solchen Organisation; Auslegung und Anwendung von Straftatbeständen im Zusammenhang mit Terrorismus, die so weit gefasst sind, dass sie keinen angemessenen Schutz vor willkürlichen Eingriffen bieten; fehlender hinreichender Verdacht, dass der Bf eine Straftat begangen hat, und fehlende Angemessenheit der Untersuchungshaft

22.10.2024, Beschwerde Nr [9577/21](#), *Y u.a. / Schweiz*

Keine Verletzung von **Art 2 EMRK** (Recht auf Leben); **keine Verletzung** von **Art 3 EMRK** (Verbot der Folter); **Abschiebung** der Bf nach **Albanien** stellt keinen Verstoß dar; Vermutung, dass Albanien ein sicherer Staat ist, wird durch eine angemessene Bewertung der individuellen Situation der Bf hinreichend gestützt

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Nikolaus Kuri, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Univ.-Ass. Mag. Anna Schöfecker, LL.B., Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.